

Mitteldeutsche Zeitung

MZ | Landkreis Wittenberg

Naturschutz: Die Biber-Schwemme im Kreis Wittenberg bereitet Probleme

Von Andreas Behling | 29.01.17, 06:00 Uhr



Der Biber wird nicht überall gern gesehen. So manches Mal wird er zum Problembiber.

Foto: Archiv/Hinsche

Wittenberg - Es ist etwas ruhiger geworden. Doch vor dem Kälteeinbruch verging kein Tag, an dem nicht das Telefon klingelte. Regelmäßig meldeten sich beim Unterhaltungsverband „Fläming-Elbaue“, der sich um die Gewässer zweiter Ordnung im Landkreis Wittenberg kümmert, Eigentümer und Nutzer angrenzender Flächen. „Sie beschwerten sich über die Schäden, die der [Biber \(/landkreis-wittenberg/wanderausstellung-zum-biber-nach-15-jahren-gibt-es-etwas-neues-25297774\)](#) hervorgerufen hat“, berichtet Geschäftsführer Torsten Georgi.

Situation im Kreis Wittenberg eskaliert

Die Tiere sorgen seit 2013 für verschärfte Probleme im Kreis, der laut Statistik der biberreichste in Sachsen-Anhalt ist. Inzwischen ist die Situation derart eskaliert, dass der Verband zum Jahresende den Auftrag erhielt, beim in Hannover ansässigen Wasserverbandstag um Unterstützung zu bitten. Das Ziel: Auf politischer Ebene müssen klare Entscheidungsrichtlinien formuliert werden, die sowohl das Eigentum wahren als auch den Biber schützen.

Georgi hat aufgeschlüsselt, weshalb dringender Handlungsbedarf herrscht. „Ein ordnungsgemäßer Abfluss vieler Gewässer ist nicht mehr gewährleistet. Es gibt erhebliche Schäden an land- und forstwirtschaftlichen Flächen, an den Bäumen, die an den Uferböschungen stehen, und an den Gewässern selbst.“ Die bisherige Praxis der Dammregulierung, um die sich der Unterhaltungsverband, das Biosphärenreservat „Mittelbe“ und ehrenamtliche Naturhelfer kümmerten, sei „absolut nicht mehr ausreichend“.

Die Schäden zu beseitigen und die Dämme zu regulieren, geht zunehmend ins Geld. 2014 reichten 20.000 Euro aus. 2015 waren es dann schon 26.000 Euro. Und im vergangenen Jahr kletterte der Betrag auf 36.000 Euro. „Durch Überschwemmungen, die auf Biberbauten zurückzuführen sind, können sechs Prozent der Verbandsgewässer nicht mehr unterhalten werden“, berichtet der Geschäftsführer, der noch andere Zahlen parat hat.

2009 gab es 700 Biber im Landkreis, davon 300 im Verbandsgebiet. Drei Jahre darauf kletterte das Verhältnis auf 860 zu 380. Für 2016 gibt es keine konkrete Biber-Zahl aus dem Kreis. Die eigene Zählung im Verbandsgebiet kam auf 760 Exemplare.

„Für die Konflikte mit dem Biber gibt es keine ausreichende Gesetzgebung. Es fehlt an klaren Entscheidungsrichtlinien. Viele Biberkonflikte werden von der Politik noch nicht erkannt. Und bislang kam keine Unterstützung bei den Betroffenen an“, hält Torsten Georgi ernüchtert fest. Dieses Ergebnis hätten die seit 2014 jährlich geführten Bibergesprächsrunden mit dem Naturpark Dübener Heide, dem Biosphärenreservat, dem Kreis, Vertretern der Landwirtschaft und Grundeigentümern zu Tage gefördert.

Der Geschäftsführer beschwört die Gefahr von Überflutungen von Stadt- und Ortsteilen herauf, wenn nicht reagiert werde. „Wir können an Brücken und Durchlässen sowie an Funktionsgräben wie Bahnseitengräben einfach keine Biberdämme akzeptieren“, erklärt er.

Der Vorschlag des Verbands: Einsatz von Biberschutzbeauftragten durch das Land, Behebung der Probleme in kürzester Zeit, Übernahme der Dauerbetreuung der Biber. Die seit September 2016 geförderte mobile Bibereingreiftruppe im Naturpark Dübener Heide könne nur ein erster Schritt sein, Konflikte zu bewältigen.

Modell aus Bayern gewünscht

Der Wasserverbandstag soll sich dafür stark machen, dass gesetzlich verankert wird, wer den finanziellen Aufwand für die Biberbetreuung und Schadensregulierung trägt. Georgi und Verbandsvorsteher Hans-Joachim Harm verweisen auf ein im Freistaat Bayern bewährtes Modell. Dort gebe es einen Entschädigungsfonds, der die Kostenrückerstattung in Höhe von 80 Prozent übernehme.

Zudem sollte es möglich sein, Biber dort zu entnehmen, wo sie für Ärger sorgen und die Kosten zum Nutzen in keinem Verhältnis mehr stehen. „Der Schutzstatus des Bibers ist aufgrund der größer gewordenen Population zu ändern“, lautet eine wesentliche Forderung. (mz)